



Foto: KANN

# Zwischen Ethik und Barmherzigkeit

Zur Diskussion um Präimplantationsdiagnostik

Die Evangelische Kirche Deutschland (EKD) hat sich dennoch für ein Verbot der PID ausgesprochen. Das christliche Menschenbild gründe darauf, dass der Mensch nicht sein eigener Schöpfer sei, sondern dass sich alles Leben Gott verdanke, argumentiert die EKD. Damit sei eine Auswahl zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben nicht vereinbar. Die katholische Kirche lehnt Gentests an Embryonen ebenfalls strikt ab. „Mit der Vereinigung von Ei- und Samenzelle entsteht menschliches Leben. Krankheit oder Behinderung sind kein Grund, dieses Leben zu töten. Deshalb ist die katholische Kirche gegen die PID“, erklärt dazu der Karlsruher Moraltheologe Dr. Albert Käuflein.

Jenseits der ethischen Diskussion stehen Paare mit einer genetischen Vorbelastung, die sich sehnlich ein Kind wünschen und die medizinischen Möglichkeiten nutzen möchten, um sich und dem Kind einen guten Start zu ermöglichen. Haben diese Paare ein Recht darauf? Unter den ethischen Gesichtspunkten der Kirchen eher nicht. Und dennoch: „Wer im Falle einer zu befürchtenden schweren Behinderung Entscheidungen zu treffen hat, ist belastet und verdient Unterstützung im Entscheidungsprozess“, argumentiert der evan-

gelische Theologe und Medizinethiker Professor Reiner Marquard. Daher würde er empfehlen, „eine Gesetzesvorlage zu erstellen, die unangemessene Erwartungen an die PID abwehrt und sich daraufhin der Notlage von Eltern zuwendet, ganz im Sinne einer auf die Realität gerichteten Barmherzigkeit“.

## INFO

### Präimplantationsdiagnostik (PID)

... ist die genetische Untersuchung von Embryonen, die durch künstliche Befruchtung erzeugt wurden (In-vitro-Fertilisation). Zum Zeitpunkt der PID ist der Embryo zwei bis drei Tage alt und besteht aus sechs bis acht Zellen. Durch die Entnahme einer Zelle kann festgestellt werden, ob eine Veranlagung für eine genetische Erkrankung vorliegt. Der Frau werden dann nur die Embryonen eingesetzt, die genetisch nicht belastet sind.

Über die Zulassung von Präimplantationsdiagnostik (PID) wird derzeit im Bundestag beraten, mit dem Ziel, noch vor der Sommerpause ein Gesetz zu verabschieden, das PID entweder grundsätzlich verbietet oder in engen Grenzen zulässt. Vordergründig wird dieses Gesetz jährlich 300 Paare in Deutschland betreffen – nämlich die, die auf natürlichem Wege keine Kinder zeugen können, sich daher für eine künstliche Befruchtung entscheiden und gleichzeitig die Veranlagung für eine schwere genetische Erkrankung mitbringen.

Befürworter der PID möchten diesen Paaren das Leid ersparen, das zahlreiche schwangere Frauen durchleben, die erst nach den vorgeburtlichen Untersuchungen im fortgeschrittenen Stadium ihrer Schwangerschaft erfahren, dass ihr Kind an einer schweren genetischen Erkrankung leiden

wird, und entscheiden müssen, ob sie das Kind austragen oder abtreiben.

### Wann beginnt menschliches Leben?

Hintergründig geht es bei der Debatte allerdings um ethische Fragen wie die nach dem Recht auf Leben des Ungeborenen, der gesellschaftlichen Akzeptanz von Menschen mit Behinderung und um die Frage, wann menschliches Leben überhaupt beginnt. PID-Befürworter argumentieren auch hier pragmatisch, indem sie auf längst bestehende gesetzliche Möglichkeiten dieser Entscheidung hinweisen: Über 120 000 straffreie Schwangerschaftsabbrüche pro Jahr stehen für eine Lebenswirklichkeit, in der eine Entscheidung gegen vorgeburtliches Leben täglich tausendfach getroffen wird.

# Austausch tut Not

Starke Reaktionen auf Theologen-Memorandum

In der katholischen Kirche wird geredet. Wer sich in Internet-Foren umschaut, mag sich wundern, welche Spannung im katholischen Milieu zu finden ist.

Auslöser der Debatte ist das am 4. Februar veröffentlichte Memorandum „Kirche 2011: Ein notwendiger Aufbruch“. Diese von Theologieprofessoren verfasste Denkschrift fordert Reformen in der Kirche und einen offenen Dialog ohne Tabus. Gut ein Jahr nach dem Öffentlichwerden von sexuellem Missbrauch innerhalb der Kirche und der damit verbundenen Krise sehen sich die Unterzeichner in der Verantwortung, zu einem echten Neuanfang beizutragen.

Mit diesem Ansinnen sind die Theologinnen und Theologen in guter Gemeinschaft mit der Kirchenleitung in Deutschland – zumindest auf den ersten Blick. Hatte nicht der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, im Herbst 2010 für eine „Kirche des Hörens“ plädiert, die sich auch kritischen Fragen zu katholischen Positionen stellt.

### Herbe Kritik am Memorandum

Dennoch ist der Inhalt des Memorandums neben viel Zustimmung auch auf herbe Kritik gestoßen. Die geforderten Reformen im Bereich der kirchlichen Rechtskultur und des konkreten Gemeindelebens, der Wunsch nach einer stärkeren Beteiligung der Gläubigen an Entscheidungen, das Plädoyer für verheiratete Priester und Frauen im kirchlichen Amt und der Ruf nach einem respektvollen Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen und Menschen in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften sind für etliche Kirchenvertreter Nebenschauplätze oder nicht verhandelbare Themen. „Glauben denn die Unterzeichner im Ernst, dass die Kirchenfragen die existenziellen Fragen der Menschen heute sind?“, so Kardinal Walter Kasper in einer scharfen Kritik in der FAZ. Statt der Wiederholung längst bekannter innerkirchlicher Themen sei das eigentliche Problem heute die „Gotteskrise“, das Verschwinden der Frage nach Gott aus der Öffentlichkeit. Als vorrangige



Foto: KNA

Aufgabe von Kirche und Theologie wird darum gesehen, diese Frage in der modernen Gesellschaft wachzuhalten und – wie es in der Frühjahrskonferenz der deutschen Bischöfe formuliert wurde – „Schritte zu finden, wie das Evangelium heute die Herzen der Menschen erreichen kann“.

Wird aber die Kirche als Raum erfahren, in dem es sich lohnt, über Gott nachzudenken? Die Auseinandersetzung um die Gestalt der Kirche wird auch an der Basis geführt – Befürworter und Gegner des Memorandums halten sich mit über 10 000 Unterschriften ungefähr die Waage. Um einen produktiven Austausch ging es

Anfang März bei einem Diskussionsabend in der Katholischen Hochschulgemeinde mit Frau Professor Sabine Pemsel-Maier, Mitunterzeichnerin des Memorandums. Im Lauf des Gesprächs wurde deutlich, dass Erneuerung auf verschiedenen Ebenen nötig ist. Um im Umfeld einer technischen Universität zum katholischen Glauben stehen zu können, brauchen die Studierenden Argumentationshilfen und religiöse Vertiefung im Glauben, aber auch die Erfahrung, dass sich bei wichtigen Themen wie Sexualmoral oder Zugang zu kirchlichen Ämtern etwas bewegt. Ein angstfreier Dialog in der Kirche und mit der Gesellschaft ist das Gebot der Stunde. fm